

Präsidentenkonferenz des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen (KGV)

### **NEIN zur Mindestlohn-Initiative**

**Die Präsidenten der Gewerbevereine und der Berufsverbände des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen (KGV) trafen sich zur Parolenfassung zu den Abstimmungsvorlagen vom 18. Mai 2014. Die Vorlagen wurden von Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Armee vorgestellt und diskutiert.**

### **JA zur Hausarztmedizin**

Einstimmig empfehlen die Präsidenten die Initiative «Ja zur Hausarztmedizin» zur Annahme, nachdem Dr. Peter Wiedersheim, Präsident der Ärztesgesellschaft des Kantons St.Gallen, auf den erschreckenden Mangel an Hausärzten hingewiesen hatte. Bereits jetzt fehlen für eine optimale medizinische Grundversorgung zahlreiche Ärzte, dabei sei gerade die Behandlung durch den Hausarzt die effizienteste und kostengünstigste Gesundheitsmassnahme, so Wiedersheim. Es sei also höchste Zeit, der medizinischen Grundversorgung in der Verfassung den nötigen Rückhalt zu geben.

### **NEIN zur Mindestlohn-Initiative**

Nicht ganz unerwartet hatten die Gewerbler überhaupt kein Verständnis für die Anliegen der Mindestlohn-Initiative. SP-Kantonsrat Peter Hartmann, als Pro-Referent auf dem Podium, glaubt zwar, dass das Gewerbe kaum von der Initiative betroffen wäre, weil ein Mindestlohn von 4000 Franken bereits jetzt die Regel sei. Bei rund 8 Prozent der Betroffenen sei die Anhebung des Mindestlohnes für die Wirtschaft durchaus verkraftbar. Ständerätin Karin Keller-Sutter vertrat den Standpunkt der Gegner. Sie befürchtet Arbeitsplatzverluste und Preiserhöhungen. Auch sei eine allgemeine Anhebung des Lohnniveaus zu erwarten. Ständerätin Keller-Sutter hat kein Verständnis dafür, dass unser gut funktionierendes, liberales System in Frage gestellt wird. Es habe sich im internationalen Vergleich sehr gut bewährt und sei ein echter Standortvorteil für unser Land. Vertreter des Bau- und Gastrogewerbes hielten fest, dass sie zu diesem Mindestlohn keine wenig qualifizierten Leute mehr einstellen könnten. Gerade in grenznahen Regionen würde sich die Konkurrenzsituation weiter verschärfen. Die Nein-Parole wurde einstimmig gefasst.

### **JA zum Gripen-Fonds-Gesetz**

Divisionär Hans-Peter Kellerhals stellte einleitend fest, dass die Armee einen Verfassungsauftrag hat, den sie erfüllen muss. Dazu gehört auch eine funktionsfähige Luftwaffe. Mit dem Gripen-Fonds-Gesetz sollen in den nächsten 10 Jahren die Mittel für den Kauf von 22 neuen Kampfflugzeugen als Ersatz für die 54 veralteten F-5 Tiger aus den 70er-Jahren bereitgestellt werden. Damit könne die Sicherheit im Schweizer Luftraum langfristig sichergestellt werden, ist Kellerhals überzeugt.

Oberstleutnant Jascha Haller, Pilot, ist überzeugt, dass der «Gripen» der ideale Ersatz für die veralteten «Tiger» ist. «Er erfüllt unsere Anforderungen in jeder Hinsicht, kann die wichtigen luftpolizeilichen Aufgaben in Friedenszeiten wahrnehmen und ist auch im Ernstfall vielseitig einsetzbar» ist Haller überzeugt. Der «Gripen» sei sowohl bei der Beschaffung als auch im Betrieb die effizienteste Variante. Als wichtigen Vorteil sehen beide Referenten, dass mit dem Staat Schweden ein verlässlicher Partner die Einhaltung der Verträge garantiere und dass mit Kompensationsgeschäften von rund 2,5 Mia. Franken für die Schweizer Wirtschaft zu rechnen sei. Die Präsidenten empfehlen das «Gripen-Fonds-Gesetz» mit einer Gegenstimme zur Annahme.

#### **Initiative «Energiewende – St.Gallen kann es» – JA zum Gegenvorschlag**

Einige Gewerbler wollten weder die Initiative noch den Gegenvorschlag annehmen. Sie sind überzeugt, dass der Markt die Energieprobleme auch ohne staatliche Intervention selbst löse. Die derzeit extrem niedrigen Energiepreise seien auch nicht dazu angetan, teure Energiegewinnung zu fördern. Kantonsrat Markus Bollhalder entgegnete, dass diese Preise nicht in Stein gemeisselt seien, die Öl- und Gaspreisschwankungen hätten die Gefahren aufgezeigt. Er verteidigt die Ziele des Gegenvorschlages, der mit vertretbaren Kosten die gewünschte Wirkung erziele. Die SP-Initiative mit Kosten von jährlich 50 Mio. Franken bezeichnet Bollhalder angesichts der angespannten Finanzsituation als nicht finanzierbar. Mit dem Gegenvorschlag sei bei jährlichen Kosten von 5,4 Mio. Franken die Umsetzung des kantonalen Energiekonzeptes möglich. Ganz besonders betonte er den Nutzen für die regionale Wirtschaft. Durch Effizienzsteigerungsmassnahmen konnten schon etliche Firmen ihre Ausgaben dauerhaft senken. Der Erfahrungsaustausch unter den Firmen und die Koordination von Vorhaben sei dank des Engagements der öffentlichen Hand und einer Anschubfinanzierung sehr effizient. Mit 19 zu 11 Stimmen empfiehlt das Gewerbe den Gegenvorschlag des Parlaments zur Annahme und lehnt die Initiative ab.

Rückfragen können an folgende Person gestellt werden:  
- Felix Keller, Geschäftsführer, Tel. 071 228 10 40

23. April 2014